

1c) Stand der Versicherte z. Zt. der Inhaftierung in einem beamtenrechtlichen oder ähnlichen Verhältnis zu einer Behörde oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft? Gegebenenfalls zu welcher Stelle und in welcher Eigenschaft?

1c) nein

2. a) Welchen gesetzlichen Krankenkassen gehörte der Antragsteller

a)

1. vor der Verfolgung,

1. keine

2. z. Zt. der Antragstellung an?

2. keine

b) Bezieht oder bezog der Antragsteller Angestellten-, Unfall- oder Invalidenrenten, Knappschaftspension, Ruhegeld oder Gebühren auf Grund der Reichsversorgung, Rente nach der Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 oder sonstige Renten und Pensionen?

b) Nein
=====

Bejahendenfalls von welcher Stelle und unter welchem Rentenzeichen?

3. Sonstige Bemerkungen?

3.

Vorstehende Angaben sind nach bestem Wissen gemacht worden.

Ort Iserlohn, den 1. Juni 1948

Johanna Becker
Unterschrift des Antragstellers bzw. seines gesetzlichen Vertreters.

Kreis-Sonderhilfsausschuß
Gesch.-Zeichen: P.A.10

Ort Iserlohn, den 7. Juni 1948

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Antragsteller durch den Kreis-Sonderhilfsausschuß in Iserlohn-Stadt als ~~polnisch~~ — rassistisch — ~~oder jüdisch~~ Verfolgter unter Ausweis-Nr. 10 anerkannt worden ist, und zwar weil er gem. Ziffer Vc der Richtlinien unter Ziff. B 1 b fällt.

Der Antragsteller wurde auf die Folgen von wissentlich falschen Angaben gem. Art. II der Verordnung Nr. 1 der Militärregierung hingewiesen.

Die vorstehenden Angaben sind glaubwürdig, Bedenken werden vom Kreis-Sonderhilfsausschuß nicht erhoben.



[Signature]
Unterschrift des Schriftführers vom Kreis-Sonderhilfsausschuß.
Stadtoberinspektor.